

# „Stuttgart 21 entzweit die Bevölkerung“

SPD-Bundestagabgeordneter Rainer Arnold widerspricht seinem CDU-Kollegen Michael Hennrich

(pm) Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold ist „mehr als erstaunt“, dass der CDU-Abgeordnete Michael Hennrich jüngst in einer Pressemitteilung die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten angezweifelt hatte. „Seine Motive können angesichts der desolaten Situation der Regierungskoalition von Union/FDP nur taktischer Natur sein“, sagt der Sozialdemokrat in einer Pressemitteilung. Darin heißt es weiter:

Auf Hennrichs Behauptung, die SPD verabschiede sich von der Rente mit 67, rät Arnold Hennrich zum Beispiel, der solle vielleicht erst einmal ins Gesetz schauen. Die Sozialdemokraten hätten darauf bestanden, die Überprüfungsklausel mit ins Gesetz zur „Rente mit 67“ schreiben zu lassen: „Und ich nehme dies sehr ernst.“ Natürlich sei es, perspektivisch gesehen, richtig, eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit anzustreben, doch momentan arbeiteten 80 Prozent der 60- bis 64-jährigen nicht mehr. Die Bedingungen für die Einführung der „Rente mit 67“ seien somit nicht gegeben. Eine Einführung käme de facto einer Rentenkürzung gleich.

Fatal sei es, das Projekt „Stuttgart 21“ mit der Einstellung „Augen zu und durch“ zu vertreten: „Das Projekt entzweit die Bevölkerung. Wenn Hennrich nach der Ereignisse der letzten Woche in Stuttgart nicht verstanden hat, dass es so nicht weitergeht, stimmt etwas nicht. Wer gute Argumente für das Projekt hat, muss keine Diskussion fürchten.“

Gräben jedoch zu vertiefen, wie es die Landesregierung getan habe, verstärke nur den Riss, der ganz offensichtlich durch die Gesellschaft geht. „Wir müssen stattdessen Brücken bauen“, so Arnold. Aus diesem Grund habe die SPD vorgeschlagen, einen Volksentscheid durchzuführen.

Die SPD leite daher keine Kehrtwende ein, sondern wolle über die Diskussion von Sachargumenten und im vollen Bewusstsein der Konsequenzen die Menschen entscheiden lassen. „Was die grundsätzliche Diskussions- und Entscheidungskultur anbetrifft, so wünsche ich mir im Sinne einer lebendigen Demokratie generell mehr Bürgerbeteiligung“, so Arnold.

Auch im Falle der Kernenergie betreibe Hennrichs Partei eine rückwärtsgewandte

Politik: „Die Christdemokraten betonen, dass es sich bei der Atomenergie um eine Brückentechnologie handelt, verschweigen aber gleichzeitig, dass Atomstrom die erneuerbaren Energien ausbremst. Eine Kompatibilität beider Energieversorgungsarten ist nicht gewährleistet.“

Arnold: „Das Märchen, dass man Atomstrom aus Polen importieren müsse, um sowohl die CO<sub>2</sub>-Belastung zu reduzieren als auch aus der Kernenergie auszusteigen, finde ich abenteuerlich.“ Genauso gut könne man Solarstrom aus Norwegen importieren, sollte wirklich Strom fehlen, was Arnold jedoch bezweifelt. Bislang sehe er keine Stromlücke, und es gehe viel eher darum, die Energieeffizienz zu verbessern.

Wichtiger sei es deshalb, in den Ausbau von Stromspeichern und in regenerative Kombikraftwerke zu investieren, um in Zukunft die Netzstabilität und damit die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Der SPD-Mann resümiert: „Vorschläge, wie die erneuerbaren Energien marktfähiger und am Ende auch grundlastfähig werden können, sucht man bei Schwarz-Gelb vergebens“.

S. 22

NTZ

12.10.2010